

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

18.7.1930 (No. 165)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 933
und 934
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf., — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Pauschalrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Betreibung und Kontroversen, fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, Unbelegte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Belagungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

„Abgelehnter Heilstättenbau“

Unter diesem Titel und mit der weiteren Überschrift „Heißt das die Wirtschaft ankurbeln?“ wird im „Volkstfreund“ (Nr. 147 vom 27. Juni) die Frage des Neubaus einer Heilstätte in Bad Dürheim durch die Landesversicherungsanstalt Baden behandelt und die ablehnende Entscheidung des Badischen Landesversicherungsamts als Aufsichtsbehörde der Kritik unterzogen. Diese Ablehnung wird als eine Sabotage des im Interesse der Kranken wie der Arbeitsbeschaffung in gleicher Weise dringend notwendigen Heilstättenbaues bezeichnet. Dabei wird die Frage aufgeworfen, ob der Wille des Vorstandes des Bundes Badischer Arbeitgeberverbände Geisler für das Landesversicherungsamt sei; es wird weiter darauf abgehoben, daß die von dem Reichsarbeitsministerium zum Bau der Heilstätte à fonds perdu gegebenen 700 000 Reichsmark zurückbezahlt werden müßten, wenn die Heilstätte nicht gebaut wird. Schließlich wird die Entscheidung der Aufsichtsbehörde als unverständlich bezeichnet, ohne daß jedoch aus der ausführlichen Begründung etwas erwähnt wird, welche der Entscheidung beigegeben ist. Mit dieser Sachdarstellung wird nicht nur ein unvollständiges, sondern auch ein irreführendes Bild der tatsächlichen Verhältnisse gegeben. Es sei daher über den Stand der Dinge folgendes festgestellt:

Der geschäftsführende Vorstand der Landesversicherungsanstalt hat anfangs dieses Jahres erhebliche Bedenken getragen, die von dem Ausschuss im Dezember 1929 beschlossene Finanzgriffnahme des Baues auf 1. April d. J. durchzuführen. Bestimmend für ihn war die Sorge für die zukünftige Leistungsfähigkeit der Anstalt wegen des Niedergangs der Einnahmen in den letzten Monaten. Dazu kam eine gleichzeitige Steigerung der Rentenlast. Diese, mit der katastrophalen Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit Anfang 1930 zusammenhängenden Erscheinungen haben zur Folge gehabt, daß der gesamte Haushaltsplan der Anstalt für 1930 einer Nachprüfung unterzogen werden mußte, wobei eine Minderung der Einnahmen für das Jahr 1930 um rund 2 Millionen Reichsmark vorläufig errechnet wurde. Diese bei allen deutschen Landesversicherungsanstalten beobachtete zunehmende Verschlechterung der finanziellen Lage wird noch dadurch verschärft, daß die an sich vorausgesehene krisenhafte Entwicklung in der gesamten Invalidenversicherung zwei Jahre früher als erwartet eingetreten ist. Schon anfangs 1929 wurde deshalb von dem Reichsversicherungsamt darauf hingewiesen, daß das allmähliche Anmahlen der gesetzlichen Leistungen notwendig dazu führen müsse, daß die verfügbaren Anstaltsmittel in einigen Jahren knapper werden, daß diese aber in erster Linie zur Befreiung der gesetzlichen Leistungen bestimmt seien und die Gefahr bestehe, daß dann die freiwilligen Leistungen nicht in dem seitberigen Umfange aufrechterhalten, oder daß die Heilstätten nicht mehr voll ausgenützt werden könnten. Den Versicherungsträgern wurde deshalb eine möglichst vorausschauende Geschäftsgebarung, insbesondere die rechtzeitige und planmäßige Bereitstellung der für die Sicherstellung der Versicherungszwecke erforderlichen Mittel durch Vornahme von Rückstellungen aus etwaigen Überschüssen (Reserven) und auch aus Zollausschüssen empfohlen, um so in späteren bedrängteren Jahren eine planmäßige Aufrechterhaltung der freiwilligen Leistungen zu ermöglichen.

In einem weiteren Rundschreiben vom 3. April 1930 wurde diese Mahnung wiederholt und davor gewarnt, neue Kapitalverlegungen in dauernden Anlagen (Heilstätten, Grundstücken, langfristigen Darlehen) in der jetzigen Zeit vorzunehmen. Verfügbare Mittel sollten vielmehr in erster Linie dem Wohnungsbau zugeführt werden.

Diese Warnungen haben sich als durchaus berechtigt erwiesen. Die Sicherstellung des Versicherungszwecks ist jedoch oberstes Gebot für die Finanzgebarung der Versicherungsträger, ihm haben sich daher Erwägungen anderer Art, insbesondere solche allgemein wirtschaftspolitischen Natur unterzuordnen. Daher kann auch die derzeitige Wirtschaftskrise vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung nicht entscheidend sein für die Frage der Finanzgriffnahme eines Bauprojekts in Höhe von 3 Millionen Reichsmark, wenn sich aus der Finanzlage der Anstalt selbst hiergegen Bedenken ergeben. Für den Bau verfügbar sind nur 1 520 000 RM, die weiteren Mittel sollen den Zollaüberweisungen für 1930, 1931 und 1932 mit ins-

gesamt 1 480 000 RM entnommen werden. In diesen drei Jahren sind daher alle Zollausschüsse ausschließlich für den Bau in Bad Dürheim bestimmt, so daß die ganze Last für Durchführung des Heilverfahrens in dieser Zeit auf den Reserven und den Betriebsmitteln ruht. Die künftige Dauerbelastung durch den Betrieb der neuen Anstalt wird ferner auf etwa 570 000 RM jährlich angenommen, was gegenüber dem jetzigen Aufwand für die entsprechenden Zwecke eine Zuschußleistung von jährlich rund 150 000 RM bedeutet. Da ferner eine Steigerung des Beitragseingangs bis zu der Höhe des Vorjahres infolge der Steigerung der Rentenlast und der Lage der Wirtschaft nicht zu erwarten sei, auch zur Zeit die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken und die planmäßig auch in diesem Jahr zu bildende Reserve nicht erübrigt werden könne, hat sich der Vorstand für die Verschiebung des Baubeginns ausgesprochen, bis die Lage klar übersehen werden könne. Diesen Erwägungen konnte vom Standpunkt der für die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Landesversicherungsanstalt mitverantwortlichen Aufsichtsbehörde nur beigetreten werden.

Abgesehen hiervon wurde das Landesversicherungsamt aber auch aus folgender Erwägung zu seiner ablehnenden Haltung bestimmt:

Für die Landesversicherungsanstalt — wie überhaupt für die sozialen Versicherungsträger — gilt der Grundsatz der Selbstverwaltung mit der sich hieraus ergebende Selbstverantwortung. Daß gewisse Maßnahmen des Versicherungsträgers an die Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörde gebunden sind, ändert nichts an der Tatsache, daß die Verantwortung in erster Linie dem Versicherungsträger selbst auferlegt ist. Im vorliegenden Fall ist der letzte Ausschlußbeschluss vom 6. Juni 1930 lediglich deshalb im Sinne der Verzögerung des sofortigen Baubeginns ausgefallen, weil die Säzung der Landesversicherungsanstalt für den Fall der Stimmengleichheit vorschreibt, daß der betreffende Antrag als abgelehnt gilt. Der Antrag des Vorstandes lautete aber auf Verschiebung des Baubeginns. Die eine Hälfte des Ausschusses (Unternehmervertreter) stimmte für diesen Antrag, die andere Hälfte (Versichertenvertreter) gegen den Antrag. In Wirklichkeit war somit die Entscheidung über den Baubeginn innerhalb des Ausschusses selbst unentschieden geblieben. Bei anderer Antragstellung wäre lautungsgemäß das entgegengesetzte Ergebnis eingetreten. Daß hiernach der Wille des Ausschusses in positiver Weise und durchschlagend im Sinne eines alsbaldigen Baubeginnes zum Ausdruck gekommen sei, kann nicht behauptet werden. Dem Beschluss des Ausschusses steht aber nach wie vor der entscheidende Standpunkt des Vorstandes gegenüber, der sich gegen den sofortigen Beginn wendet. Wenn bei diesem in Wahrheit negativen Ergebnis der Ausschussberatung der Vorstand zufolge seiner sachgemäßen Gebundenheit als Vollzugsorgan den Antrag auf Genehmigung des Baues bei der Aufsichtsbehörde gestellt hat, so ist tatsächlich durch dieses Verfahren die Folge eingetreten, daß die verantwortliche Entscheidung von dem Ausschuss und Vorstand ausschließlich an die Aufsichtsbehörde übergegangen ist. Der Eintritt einer solchen Verschiebung der Verantwortung widerspricht aber dem gesetzlich geordneten Verhältnis zwischen dem Versicherungsträger als Selbstverwaltungskörper und der Aufsichtsbehörde; sie kann eigentlich von einem Selbstverwaltungskörper auch gar nicht gewollt sein. Eine solche Verschiebung muß daher grundsätzlich abgelehnt werden. Es bleibt vielmehr Sache dieser Organe, hinsichtlich der streitigen Frage des Baubeginns zunächst selbst einen auch für die Aufsichtsbehörde beachtenswerten eindeutigen Willen hervorzu-bringen. Unentschiedenheit in der Sache selbst und eine mit schweren Bedenken begleitete Antragstellung sind jedenfalls keine geeignete Grundlage für eine bejahende Entscheidung der Aufsichtsbehörde. Eine solche Antragstellung konnte vielmehr nur der Ablehnung verfallen.

Da der Vorstand wie auch die Aufsichtsbehörde ihre Bedenken vornehmlich auf die gegenwärtigen unsicheren Verhältnisse gestützt haben, ist es dem Vorstand der Anstalt unbenommen, zu gegebener Zeit die Möglichkeiten einer Verwirklichung des Projekts erneut einer Prüfung zu unterziehen und sich sodann über die weiteren Schritte schlüssig zu werden.

Hiernach ist auch über das Schicksal der von dem Reichsarbeitsminister zu Bauzwecken gewährten 700 000 RM nichts entschieden. Diese Frage kann erst dann akut werden, wenn das Bauprojekt als solches überhaupt aufgegeben werden sollte.

Letzte Nachrichten

Auflösung des Reichstags

Geringe Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnungen

WTB. Berlin, 18. Juli. (Tel.) Im Reichstag wurde mittags 1 Uhr der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Der Reichstagspräsident erhob sich sofort und verlas das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten. Unter großer Unruhe ging der Reichstag auseinander.

Das Auflösungsdekret hatte folgenden Wortlaut: „Nachdem der Reichstag beschloffen hat, daß meine auf Grund des Artikels 48 erlassene Verordnung aufgehoben werde, wie ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auflöse.“

Die Kommunisten begleiteten die Verlesung des Dekrets mit dem Ruf: „Nieder mit dem Reichspräsidenten. Sofort nach der Verlesung verließ Reichstagspräsident Loebe seinen Platz. Die Kommunisten sangen die erste Strophe der Internationale.“

Die Vorgänge vor der Abstimmung. WTW. Berlin, 18. Juli. (Tel.) Zu Beginn der Sitzung am Freitag begründete Abg. Landsberg (Soz.) den sozialdemokratischen Antrag mit juristischen Darlegungen, in denen er nachzuweisen sucht, daß der Art. 48 niemals herangezogen werden kann.

Während seiner Ausführungen ist der volksparteiliche Fraktionsführer Dr. Scholz an den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning hergetreten, um mit ihm zu sprechen. Von den Sozialdemokraten wird dagegen protestiert und der Reichstagspräsident zum Hören aufgefordert. Daraufhin sucht Dr. Scholz seinen Platz wieder auf. Abg. Landsberg betont am Schluß seiner Ausführungen, der jetzt von Brüning geschaffene Präzedenzfall könne die verhängnisvollsten Folgen für die Reichsverfassung mit ihren Verordnungen verleihe und damit das Mißtrauen des Reichstages verdient.

Reichsinnenminister Dr. Wirth nimmt darauf das Wort und wird von den Kommunisten mit Rufen empfangen: „Wo steht der Feind? — Der Feind steht rechts!“ Der Minister erklärt, er fühle mit dem Abgeordneten Landsberg die Schwere dieser Stunde. Wir, als überzeugten Republikaner, so fährt der Minister fort, ist es wahrlich nicht leicht geworden, den jetzt beschrittenen Weg zu gehen. Alle Republikaner, und ganz besonders die Sozialdemokraten, müßten sich aber fragen, ob sie nicht selbst die Schuld daran tragen, wenn dieser Weg beschritten werden mußte. Wir stehen vor einer Krise des Parlamentarismus. (Unruhe links.) Abg. Wels (Soz.) ruft dem Redner zu: „Sie verwechseln immer sich selbst mit dem Parlamentarismus. (Geisterzeit.)“ Es hat sich doch gezeigt, daß in diesem Reichstag eine Mehrheitsbildung unmöglich ist. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Rufe: Brüning will sie ja nicht!)

Abg. Dr. Oberfohren (Dt. Natl.) vertieft dann für die deutschnationale Fraktion eine Erklärung, in der der Regierung vorgeworfen wird, sie habe eine Verständigung mit den Deutschnationalen unmöglich gemacht, weil die Festschlagung der Deutschnationalen Volkspartei einer ihrer wesentlichen Programmpunkte sei.

Abg. Roosen (Komm.) bezeichnet die Notverordnungen als einen Akt der faschistischen Diktatur. Reichsfinanzminister Dietrich nimmt das Wort. Der kommunistische Abg. Kemmel macht einen Juruf. Er wird vom Reichstagspräsidenten Loebe zur Ordnung gerufen und für den Fall einer Wiederholung seines Zurufes mit der Ausweisung aus dem Saale bedroht. Minister Dietrich sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß mit den Notverordnungen gerade das Defizit gedeckt wird, das durch die Arbeitslosenversicherung entstanden ist. Die Maßnahmen der Regierung hätten also ausgesprochen den Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern. Die Bürgersteuer sei nicht als Dauererleichterung gedacht, sondern sie solle später mit der Realsteuer verknüpft werden.

Der Minister wendet sich dann gegen die zahlenmäßigen Ausführungen über Art. 48 und erklärt: Wenn wir die Dinge so weiter laufen lassen wie jetzt, wird in kurzer Zeit die Ruhe und Ordnung so gefährdet sein, daß jeder gern unseren Vorschlägen zustimmen würde (Unruhe links und Jurufe). Wenn wir das Defizit mit einem Einkommensteuernzuschlag decken wollten, dann müßten wir einen Zuschlag von 25 Proz. erheben. Noch ist die Reichskasse in Ordnung. Wenn aber unsere Deckungsvorschläge scheitern, dann besteht in wenigen Monaten die Gefahr, daß die Beamten ihr Gehalt nicht bekommen können, und daß die schwersten Unruhen entstehen. Die Aussichten für eine wirtschaftliche Wiedergesundung sind günstig, aber wir werden sie nur erreichen können, wenn der Regierung die Deckung des augenblicklichen Defizits ermöglicht wird. Der Reichstag muß heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder nur ein Haufen von Interessenten (Lebhafter Beifall in der Mitte).

Abg. Graf Westarp (Dt. Natl.): Im Auftrage einer Anzahl meiner politischen Freunde (Rufe: „Wieviel?“) habe ich zu erklären: Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber, wenn wir auch nicht verkennen, daß diese Regierung wesentliche Reformarbeit auf verschiedenen Gebieten geleistet hat. Wir wollen aber verhindern, daß eine Regierungskrise entsteht, die zu einer Staatskrise führen könnte. Wir wollen nicht durch Annahme sozialdemokratischer oder kommunistischer An-

träge eine bürgerliche Regierung führen und damit die Verabschiedung der Diktatur, des Amnestiegesetzes und anderer Vorlagen verhindern. Wir werden daher den Aufhebungsantrag und den Mißtrauensantrag ablehnen.

Abg. Dr. Scholz (D. Volksp.) begrüßt mit lebhafter Freude die Erklärung des Abg. Westarp, weil sie aus der Verantwortlichkeit heraus käme, die im gegenwärtigen Augenblick allen Parteien zu wünschen sei.

Nach weiterer Aussprache, u. a. des Abg. Meyer (Dem.), wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung der Notverordnungen wurde mit geringer Mehrheit angenommen und darauf der Reichstag sofort vom Reichskanzler aufgelöst.

Veröffentlichung der Notverordnungen über die Deckungsmaßnahmen

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Verordnungen des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 und über die Zulassung einer Gemeindegründungssteuer.

Im ersten Abschnitt der ersten Verordnung sind die Bestimmungen über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und über die einmaligen außerordentlichen Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahre 1930 enthalten. Nach einer Einleitung in § 1 wird in den §§ 2-9 die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes festgesetzt. Beitragspflichtig sind die Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Körperschaften, sowie der Verbände der Körperschaften des öffentlichen Rechts, dazu die Soldaten der Wehrmacht, die Empfänger von Wart- und Ruhegeld, Personen, denen aus Mitteln der genannten Körperschaften und Verbände Einnahmen von mehr als 8400 M jährlich zufließen, und Mitglieder von Aufsichtsräten. Befreit von der Beitragspflicht sind Personen, deren Einkommen 2000 M jährlich nicht übersteigt, oder die für den Fall der Erwerbslosigkeit nicht versichert sind. Bei Berechnung der Einnahmen für die Reichshilfe, die 2% Proz. beträgt, bleiben für jedes minderjährige Kind 240 M jährlich außer Ansatz. Bemessungsgrundlagen sind die Einnahmen, die für die Zeit vom 31. Juli 1930 bis zum 1. April 1931 gewährt werden. Die Reichshilfe fließt ausschließlich dem Reiche zu. In den §§ 10 bis 12 wird der Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als 1000 M in Höhe von 5 Proz. festgesetzt. Der Zuschlag ist am 10. Oktober d. J. und 10. Januar 1931 zu entrichten.

Die §§ 13 bis 18 behandeln sodann den Zuschlag zur Einkommensteuer für Ledige, der in Höhe von 10 Proz. der Einkommensteuer bei denen erhoben wird, deren Einkommen 2040 Reichsmark jährlich übersteigt. Als ledig gelten Unverheiratete sowie Vermittelte oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Steuerpflichtige, die zum Unterhalt ihrer geschiedenen Ehefrauen oder eines bedürftigen Elternteils mindestens 10 Proz. ihres Einkommens aufwenden, bleiben von den Zuschlägen befreit. Bei der veranlagten Einkommensteuer der Ledigen sind die Zuschläge nach der Einkommensteuer zu berechnen, die im Kalendervierteljahr 1929 veranlagt worden ist.

In den weiteren Paragraphen der Notverordnung sind außer den Schlussvorschriften die Finanzgleichbestimmungen enthalten.

Der zweite Abschnitt der ersten Verordnung enthält die Bestimmungen über die Bürgersteuer. Die Gemeinden dürfen von allen im Bezirk wohnenden Personen über 20 Jahre eine Bürgersteuer erheben, deren Höhe von den Ländern bestimmt wird, die aber mindestens 6 M jährlich betragen muß. Befreit von der Steuer sind Personen, die mindestens seit einem Monat vor dem Stichtag Kriegunterstützung empfangen oder am Stichtag laufende öffentliche Fürsorge genießen. Maßgebend für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse am 10. Oktober eines jeden Jahres. Der Betrag ermäßigt sich auf die Hälfte bei Personen, die einkommensteuerfrei sind.

Im dritten Abschnitt der Verordnung werden die notwendigen Änderungen für das Tabaksteuergesetz bestimmt.

In den übrigen Paragraphen wird festgesetzt, daß die Vorschriften am 1. August dieses Jahres in Kraft treten.

In der zweiten Verordnung wird über die Zulassung einer Gemeindegründungssteuer bestimmt, die Gemeinden und Gemeindeverbände auf Bier, Wein und weinähnliche sowie künstliche Getränke wie Tee, Kaffee, Kakao usw., sowie Erntebrennwein und Mineralwasser für den Verzehr an Ort und Stelle Steuern erheben können, die nach dem Kleinhandelspreise zu bemessen sind. An Stelle der Steuer auf Bier dürfen Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Bier nach Maßgabe des Finanzgleichgesetzes erhoben werden. Diese Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Reichsbanner und Hindenburg-Besuch. Da die Frage aufgeworfen worden war, ob der beilegende Konflikt zwischen dem Reichspräsidenten und der preussischen Staatsregierung doch noch Einfluß auf die Teilnahme des Reichsbanners an den Befreiungsfeiern im Rheinland, insbesondere in Mainz, haben würde, wird vom Bundesführer Otto Höring erklärt, eine solche Frage könne klar und einseitig mit einem Nein beantwortet werden.

Major Rahl geht nach München. Der kürzlich aus Österreich ausgewiesene frühere Führer der Heimwehren, Major Rahl, wird, wie der „Bayerische Kurier“ aus Innsbruck meldet, demnächst Italien verlassen. Rahl, der sich zur Zeit in Venedig aufhält, wird sich nach München begeben, um dort dauernden Wohnsitz zu nehmen. Im übrigen erfährt das Blatt, daß auch Oberleutnant von Kriebel China wegen seiner Differenzen mit chinesischen Streitern verlassen und sich nach München zurückbegeben will.

Berufung einer Mannheimer Gelehrten an die Universität Köln. Die Privatdozentin an der Handelshochschule Mannheim Frau Dr. Käthe Bauer-Mengelberg ist mit Wirkung vom 1. Oktober unter Erteilung eines Lehrauftrages zur Volkswirtschaftslehre zum Professor am berufspädagogischen Institut der Universität Köln ernannt worden. Frau Dr. Bauer-Mengelberg promovierte 1918 in Heidelberg bei den Professoren Gothein und Altman mit einer Arbeit über „Das Finanzprogramm der Sozialdemokratie“. Von 1919 bis 1923 war sie als Assistentin am Volkswirtschaftlichen Seminar von Professor Altman an der Handelshochschule in Mannheim tätig. Im Jahre 1923 habilitierte sie sich dort mit einer Schrift „Zur Theorie der Arbeitsbewertung“. Das hauptsächlichste Lehrgebiet betraf Vorlesungen über Sozialtheorie und Agrarpolitik.

Aus dem Reichstag

Ostgesetzes und Milchgesetzes angenommen — Großes Aufräumen vor den Ferien

Zu Beginn der Donnerstagstagung des Reichstages wies der Reichspräsident Ebe auf die Veröffentlichung der Notverordnung hin und gab einen Antrag der Sozialdemokratie auf Aufhebung dieser Notverordnung bekannt. In der darauf folgenden kurzen Debatte über das Osthilfegesetz wurde u. a. auch die Einbeziehung Kommerzes als Notstandsgebiet in das Osthilfegesetz beantragt und begründet, daß auch Handwerk, Gewerbe und Industrie in das Gesetz einbezogen würden. Das Gesetz wurde schließlich in der Ausschlußfassung angenommen. Die Einbeziehung des bayerischen Ostens in das Osthilfegesetz wurde abgelehnt.

Mit unwesentlichen Änderungen fand auch das Milchgesetz nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Änderungsantrages Annahme. Weiter stimmt der Reichstag nach kurzer Aussprache der Novelle zum Verjährungs- und Verfahrensrecht nach Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge zu. Gegen 6 1/2 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen und auf 7 Uhr eine Sitzung anberaumt.

Mit unwesentlichen Änderungen fand auch das Milchgesetz nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Änderungsantrages Annahme. Weiter stimmt der Reichstag nach kurzer Aussprache der Novelle zum Verjährungs- und Verfahrensrecht nach Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge zu. Gegen 6 1/2 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen und auf 7 Uhr eine Sitzung anberaumt.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, die noch vorliegenden Novellen zur Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung usw. sowie den neuen Annehmetantrag am Freitag und Samstag im Plenum zur Erledigung zu bringen. Außerdem soll auch der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung zur Erledigung gebracht werden. Falls die Zeit nicht ausreicht, erwägt man, in der Nacht auf Sonntag eine Sitzung anzuberäumen.

Die politische Lage

Erst nach 12 Uhr nachts war die Fraktionsitzung der Deutschnationalen Volkspartei beendet. Wenn auch kein direkter Beschluß zustande gekommen ist, so stellt sich doch heraus, daß die Mehrheit der Fraktion für den sozialdemokratischen Aufhebungsantrag stimmen will. Ungefähr 20-25 Abgeordnete der deutschnationalen Fraktion hielten daraufhin in einem besonderen Zimmer eine Besprechung ab, in der jedoch kein endgültiger Beschluß gefaßt wurde. Es ist jedoch zu erwarten, daß diese Gruppe, der u. a. Graf Westarp, Dwyander, Kettow-Borbeck und die agrarischen Abgeordneten angehören, gegen die Aufhebungsanträge stimmen wird. In parlamentarischen Kreisen wird davon gesprochen, daß diese Gruppe erst am Freitag früh sich von der Fraktion löst und eine eigene Fraktion aufstellt. Die vier württembergischen Abgeordneten, die schon am Mittwoch für die Regierung gestimmt haben, werden aus der Partei ausgeschlossen werden. Für den Fall der Auflösung wird gegen die Westarp-Gruppe schon deshalb kein Ausschlußverfahren mehr beantragt werden können, da ja nach der Auflösung die Fraktion als solche aufhört. Es wird aber damit gerechnet, daß diese Abgeordneten, mit Ausnahme des Grafen Westarp, bei der nächsten Reichstagswahl nicht mehr als Kandidaten aufgestellt werden würden. Bei dieser Lage wird in parlamentarischen Kreisen eine Auflösung für unvermeidlich gehalten.

Die Forderungen der Deutschnationalen, die von den Abgeordneten Dr. Hugenberg und Dr. Eberforten dem Reichskanzler in einer von den Deutschnationalen angeregten Besprechung am Donnerstag vorgebracht wurden, bezogen sich, wie zu erwarten war, zum Teil auf Preußen. Es ist jedoch bekannt, daß der Reichskanzler schon immer jegliche Beschränkung des preussischen Zentrums abgelehnt hat. Wenn der Reichskanzler zu der Besprechung, deren zweiter Teil nur von kurzer Dauer war, den demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hinzugezogen hatte, so geschah das, um jeder späteren Mißdeutung von vornherein vorzubeugen.

Besprechung des Reichsbankpräsidenten über die Kapitalbeschaffung

Der Bedarf an Kapital, der sich für die verschiedenen Stellen des Reiches, insbesondere für die mit der Diktatur in dem Arbeitslosenprogramm zusammenhängenden Fragen im Laufe dieses Haushaltsjahres fühlbar machen wird, hat Veranlassung dazu gegeben, daß der Reichsbankpräsident im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die beteiligten Ressorts und sonstigen mit der Kapitalbeschaffung befaßten Stellen des Reiches und Preußens zu einer Besprechung eingeladen hatte. Am für die Dauer einer Einheitslichkeit in der Kreditversorgung für diese Zwecke sicherzustellen, soll in Zukunft allmonatlich eine derartige Aussprache unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten stattfinden. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen soll Sonderbesprechungen der an ihr unmittelbar beteiligten Stellen mit der Reichsbank vorbehalten bleiben und durch die Reichsbank oder in engerer Fühlungnahme mit ihr erfolgen.

Die Reduzierung der Saartuppen

Wie wir erfahren, ist die von der Regierungskommission des Saargebietes vorgenommene Reduzierung des Effektivstandes der Eisenbahnschutztruppen des Saargebietes von 600 auf 250 Mann mit der französischen Delegation über den Zweck dieser Truppen, die danach lediglich dem Schutz der Verbindungswege für die Befestigungstruppen dienen sollten, durchaus in Widerspruch. Der Beschluß auf Verminderung, nicht auf Zurückziehung trägt keineswegs den Tatsachen, die auch in dem bekannten Saarabkommuniké zur Sache gekennzeichnet worden waren, Rechnung. Die Eisenbahnschutztruppe hat ihre Aufgabe erfüllt. Für das Verbleiben selbst nur des Meistes besteht kein zureichender Grund. Im übrigen ist daran zu erinnern, daß England seinerzeit seine Truppen zurückgezogen hat, ohne die Regierungskommission oder den Völkerbund weiter mit der Angelegenheit zu befaßen.

Bedenken der Regierung gegen die überhäufte Behandlung des Pensionsfürsorgegesetzes

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde mit Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Kommunisten das sozialdemokratische Pensionsfürsorgegesetz nach dem Beschluß der ersten Lesung auch in zweiter Lesung angenommen.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, daß innerhalb des Kabinetts schwerwiegende Bedenken dagegen bestehen, daß eine solche schwierige Angelegenheit überhäuft behandelt werden würde. Die allgemeine Pensionsfürsorge auf 12 000 M würde die besten Kräfte, die Reich, Länder und Gemeinden für die leitenden Stellen bräuchten, abhalten, in den amtlichen Dienst zu treten. Die Reichsregierung erklärte sich bereit, im Herbst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Mißstände beseitigt, welche auf dem Gebiet des Pensionswesens bestehen.

Reichsjustizminister Dr. Wredt äußerte ebenfalls die schwersten materiellen Bedenken. Es würde dem Reich, Ländern und Gemeinden nicht mehr möglich sein, mit der Privatwirtschaft in Konkurrenz zu treten. Auch wies der Minister darauf hin, daß die Beschneidung der Pensionen eine Verletzung der wohlverordneten Rechte der Beamten bedeuten würde und infolgedessen einer verfassungsändernden Mehrheit bedürfte. Diesem Standpunkt traten die Deutsche Volkspartei, Volkserhaltende, Demokraten und die Bayerische Volkspartei bei.

Eine stürmische Indienebende im englischen Unterhaus

Im Unterhaus kam es zu stürmischen Auftritten, als der Abg. Brodway, der dem linken Flügel der Arbeiterpartei angehört, dagegen protestierte, daß Macdonald eine ausführlichere Debatte über Indien ablehnte. Er wies auf den Ernst der Lage in Indien hin und erklärte, mehr als 5000 Männer und Frauen seien im Gefängnis, und die letzte Hoffnung auf eine Regelung sei ohne geschwunden zu sein.

Macdonald antwortete sehr bestimmt und erklärte kategorisch, die letzte Bemerkung Brodways entbehere jeder Grundlage. Als Brodway sich darauf trotz der Aufforderung des Sprechers nicht setzte, wurde er von der Sitzung ausgeschlossen. Sämtliche Parteien stimmten für den Ausschluß mit Ausnahme von etwa 20 Abgeordneten des linken Flügels der Arbeiterpartei.

Als das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben wurde, rief der ebenfalls dem linken Flügel der Arbeiterpartei angehörige Abg. Bedetti aus: „Das ist eine Schande!“ Darauf ergrieff er das goldene Bepfer, das auf dem Tisch des Hauses liegt, lud es sich auf die Schultern und schickte sich unter den von allen Seiten kommenden Entrüstungsrufen an, das Bepfer aus dem Saal zu tragen. Es wurde ihm von anderen Abgeordneten abgenommen.

Macdonald beantragte nun den Ausschluß Bedettis, gegen den nur 4 Abgeordnete stimmten. Brodway und Bedetti verließen darauf das Unterhaus.

Erbende des Papstes für die Hausdorfer Opfer

W.B. Berlin, 18. Juli (Tel.) Wir erfahren, daß Papst Pius XI. über die Berliner Apostolische Kurie dem Großdeutschen von Maß die Summe von 50 000 Lire überwiesen hat zur Linderung der Not, die in den durch das Hausdorfer Bergwerkunglück betroffenen Familien herrscht.

Die Kosten der amerikanischen Prohibition. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Nach glaubwürdigen Angaben kostete die Prohibition die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahre 200 Mill. Pfund Sterling, davon entfielen 25 Mill. Pfund Sterling auf Personal- und Materialausgaben. Die übrige Summe stellt den Einnahmeausfall dar.

Blutbad in Bengalen. Schwere Unruhen in Ostbengalen haben sich zu einem Bürgerkrieg zwischen Mohammedanern und Hindus entwickelt. Die Mohammedaner, die in der Überzahl sind, und den Angriff begannen, haben ein Blutbad unter den Hindus angerichtet. In drei Tagen wurden 14 Personen getötet. Im Dorfe Rangajia wurde die Familie eines reichen Hindus ermordet und die Leichen verbrannt. Vier Personen sind durch Schüsse der Polizei getötet worden, 58 wurden verhaftet. Eine Truppe britischer Soldaten ist in dem Gebiet eingetroffen, um 50 Boote mit Hinduschiffen vor den Mohammedanern zu retten. Die Lage in dem Gebiet ist kritisch. Die Zugänge werden von Hindus gemeinsam mit bewaffneter Polizei bewacht. Weitere Verstärkungen sind nach dem Gebiet unterwegs. Von den Unruhen sind 12 Dörfer betroffen.

Auf dem französischen Passagierdampfer „Ephing“, der mit Bestimmung nach dem Fernen Osten ausgelaufen war, ereignete sich im Maschinenraum eine Explosion, worauf der Dampfer in den Hafen zurückkehrte. Bei der Explosion wurden 2 Personen getötet, 7 verletzt.

In einem Tunnel der Het-Gefech-Anlage, die San Franzisko mit Wasser versorgt, ereignete sich eine Gasexplosion, durch die 12 Mann getötet wurden.

Zeitschriftenschau

Zeitwende. Das neueste, Juliheft, der Zeitwende ist ein Muster von Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit. Niemand, der in diesem Heft nicht seine Befriedigung fände: der Biologe durch Prof. Dr. Boas' interessanten Artikel über „Das Leben im Boden“, der Künstler durch Prof. Dr. Tietz' „Der Gedanke in der heutigen Kunst“, der Ingenieur durch Dr. Dieckel's feinsinnige Ausführungen über „Die Grundlagen der Technik“, der Jurist durch Geh. Rat Prof. Dr. Schmidts „Der Stand der deutschen Strafrechtsreform“, der Kolonialist durch Dr. Fredrich Bölls prachtvollen Erinnerungsaufsatz über „Brodorf-Rankau“. Von diesem Vertreter Deutschlands in Verdorff-Rankau will man in allgemeinen in Deutschland zu wenig wissen. Er wird hier gefeiert als eine tragische Heldengestalt, als ein Ritter ohne Furcht und Tadel, der durch die Demütigung Deutschlands in Versailles ins tiefste Herz getroffen, die einzige Rettung des geliebten Vaterlandes sah und suchte in einer Verbindung Deutschlands mit Moskau, was zur Weltrevolution und zur Befreiung des westlichen Kapitalismus und Imperialismus führen, was aber auch schweres Elend über Deutschland heraufbeschwören konnte. Deutschland war damals zu erschöpft, um etwas anderes zu fordern, als Essen und Ruhe. Es ist ergreifend, die Geschichte dieses deutschen Helden zu lesen. Daneben wird der wundervolle psychologische Roman von A. Schieber „Das große Ich“ weitergeführt. D.

10% Saison-Ausverkauf in allen Stoffen bei **Braunagel** zu weit herabgesetzten Preisen **Herrenstraße 7.**

Badischer Teil

Die Eröffnung der Schauinslandbahn

Ein Triumph der deutschen Technik

Am Donnerstag wurde die feierliche Eröffnung der Schauinslandbahn in Gegenwart einer größeren Anzahl von Vertretern der Behörden vollzogen. Zugewand waren u. a. Staatspräsident Dr. Schmitt, Reichsbahnpräsident Freiherr von Eß-Weinbach, Präsident der Oberpostdirektion, Kammlein, Oberpräsident Nieberhauser aus Basel als Vertreter des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt, Generalvikar Dr. Echter als Vertreter des erzbischöflichen Ordinariats, Professoren der Technischen Hochschule Karlsruhe, ferner der ehemalige Landtagspräsident Dr. Kopf, der Ehrenbürger der Stadt Freiburg, Geheimer Rat Wämmer, der Präsident des badischen Schwarzwaldbereins, Vertreter der Forstbehörde und selbstverständlich der Stadt Freiburg. Anwesend waren weiterhin Architekt Mühlbach, der Vorstand der Aktiengesellschaft, Rechtsanwalt Dr. Graf und Vertreter der Firma Hedel, Saarbrücken, die Erbauerin der Schauinsland-Schneebahn.

Oberbürgermeister Dr. Wender begrüßte im Namen der Stadt Freiburg die Gäste und gab einen Überblick über die langjährigen Verhandlungen, die schon während der Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Winterer gepflogen wurden, und die nun innerhalb einjähriger Bauzeit zur Vollendung des großen Projektes geführt haben. Der Oberbürgermeister hob hervor, es dürfe ohne Überhebung betont werden, daß die Schauinslandbahn ein Wunderwerk der Technik sei, da die erste Personen-Seilbahn mit Umlaufbetrieb darstelle und sämtliche amtlischen Stellen und technischen Fachleute begeistert habe. Der Oberbürgermeister schloß mit dem Wunsch, daß Gottes Segen auf dem Werk ruhen und es fruchtige Erholung aus des Alltags Mühe bringen möge.

Sodann sagte Architekt Mühlbach, Vorstand der Aktiengesellschaft, vor allem allen an der Ausführung des Werkes Beteiligten Dank. Hochschulprofessor Geheimer Rat Benoit gab dann eine technische Erläuterung über die Bahn, vor allem legte er die Gründe dar, die zur Wahl des Umlaufsystems geführt haben, eines ganz neuen Systems der Bergbahntechnik für Personenbeförderung, das gewissermaßen als Bergbahnbetrieb am laufenden Band angesehen werden könne.

Unter den Klängen des Deutschlandliedes fuhr dann der erste Wagen mit Festgästen hinaus zur Bergstation. Damit war die Freiburger Schauinslandbahn, die mit einem Kostenaufwand von 2½ Millionen Reichsmark in etwa einjähriger Bauzeit geschaffen wurde, eröffnet.

Gelegentlich eines Frühstücks im Berghotel „Schauinsland“ und in der Bergstation aus Anlaß der Einweihung der Schauinslandbahn begrüßte Oberbürgermeister Dr. Wender die Anwesenden, insbesondere den badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt und tänte auf das Wohl des Landes Baden.

Staatspräsident Dr. Schmitt

erwiderte: Gewaltiges wurde hier geschaffen, zu danken gelte es den Ingenieuren und Technikern, deren Mühen und Fähigkeiten die Schauinslandbahn trotz mancher Schwierigkeiten ihre glückliche Vollendung dankt. Zu begrüßen sei, daß das neue Werk vollendet wurde in einer Zeit, in der parteipolitische, staatspolitische und andere Schwierigkeiten lähmend auf den Unternehmungsgedanken einwirkten. Der Staatspräsident begrüßte die Stadt Freiburg zur neuen Schauinslandbahn, von der sicher der gesamte Fremdenverkehr Badens Nutzen haben werde. Einen besonderen Dankesgruß widmete er der Gesellschaft für Förderanlagen, Erich Hedel G. m. b. H., Saarbrücken-Neuen (Baden). Die Tatsache, daß eine Firma aus dem Saargebiet dieses Werk geschaffen habe, sei eine Veranlassung, den Brüdern und Schwestern an der Saar die Grüße des badischen Volkes zu übermitteln in der sicheren Überzeugung, daß die Stunde nicht mehr fern sei, in der sie wieder ganz zum Vaterlande gehören werden. Der Staatspräsident schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Im weiteren Verlaufe wurde noch manche Rede und Gebet gehalten, u. a. überbrachte Regierungspräsident Dr. Nieberhauser, Basel, die Grüße und Glückwünsche der Schweiz und wies auf die guten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Baden und der Schweiz hin. Er erinnerte insbesondere an die große Frage der Rheinregulierung und erklärte, er freue sich, feststellen zu können, wie dankbar die Schweiz Baden und dem Deutschen Reich gerade auf diesem Gebiete sei. Die Schauinslandbahn sei ein Zeichen des Friedens und des Freiheits des deutschen Volkes. — Schließlich wurde noch eine Reihe von Glückwunschtelegrammen, darunter auch des leider erkrankten Bürgermeisters Hölzl, des verdienten Wirtschöpfers der Schauinslandbahn, verlesen.

40 Jahre Münsterbauverein Freiburg

Im letzten Geschäftsjahr des Freiburger Münsterbauvereins, dem 40. seit seinem Bestehen, wurde eine Reihe von Instandsetzungsarbeiten am Münster ausgeführt, so große Ausbesserungsarbeiten an der Fensterwand des zweiten südlichen Chorjoches und am zweiten Pfeiler der südlichen Chorseite. Weiter wurde gearbeitet an der Maßwerkempore über der St. Annakapelle und am Fialenaufsatz eines Kapellenpfeilers an der Nordseite über der Chorplattform. Der dritte Strebeanker der Chorjochseite wurde eingestrichelt; am nördlichen Treppentürmchen des Westtors waren zwei Fenstergiebelstübe auszuwechseln. Dann gelangte auch der Umbau der Chorgel zur Ausführung. Neben einer Reihe laufender Instandsetzungsarbeiten wurde auch der Gewölberaum der südlichen Renaissance-Vorhalle erneuert.

Die schlechte politische, wirtschaftliche und soziale Lage Deutschlands, die Verluste, die der Verein in der Inflation erlitt, beschränkten die wirtschaftliche Grundlage außerordentlich. Die Finanzierung der Aufgaben erfolgt in der Hauptsache durch Lotterien.

Zu gewaltig herabgesetzten Preisen laufen Sie bei Hermann Kiez, Karlsruhe, dem größten Warenhauskonzern Europas im Eigenbesitz, im Saisonverkauf, der heute beginnt. Der Ausverkauf bietet Vorteile, die keiner unbeachtet lassen sollte.

Zur Pfalzreise des Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg trifft morgen vormittags um 8.40 Uhr in Bruchsal ein und wird dort durch den Staatspräsidenten Dr. Schmitt begrüßt werden. Der badische Staatspräsident wird dann den Reichspräsidenten auf der weiteren Reise über Graben-Neudorf—Germersheim nach Speyer im Zuge begleiten.

Die Befreiungsfeier in Speyer

An der morgen vormittags in Speyer in Anwesenheit des Reichspräsidenten stattfindenden Befreiungsfeier wird in Vertretung der badischen Staatsregierung Staatspräsident Dr. Schmitt in Begleitung von Ministerialrat Frey teilnehmen. Als Deputation aus dem besetzten badischen Gebiet werden sich an der Feier beteiligen Landrat Schindler und Bürgermeister Dr. Luthmer von Kehl, sowie Bürgermeister und Bezirksrat Kehl von Willstätt. Namens der badischen Regierung wird bei der Feier Staatspräsident Dr. Schmitt eine Ansprache halten.

Eine größere Anzahl von Bürgermeistern und sonstigen Personen aus dem besetzten badischen Gebiet, namentlich Kriegsveteranen, werden sich morgen ebenfalls nach Speyer begeben, um dort an der Spalierbildung teilzunehmen, wo sie neben den bayerischen Kriegsteilnehmern eingereiht werden.

Die Vorbereitungen für die Fahrt des Reichspräsidenten am Samstag sind in vollem Gange. Alle Städte und Gemeinden, die auf der Fahrt durch die Pfalz berührt werden, haben für einen würdigen Empfang des Reichsoberhauptes umfassende Vorbereitungen getroffen. Bis verlaute, fuhr am Dienstag Vertreter der Regierung die ganze Strecke, die von Hindenburg nehmen wird, mit drei Personenzugwagen ab.

Nach dem nun feststehenden Programm wird der Reichspräsident am Samstagvormittag 9.17 Uhr mit dem Sonderzug von Germersheim kommend, in Speyer eintreffen. Der Sonderzug berührt wahrscheinlich badisches Gebiet und kommt über Graben-Neudorf, Guntzenheim, Philippsburg, Rheinsheim und über die Brücke nach Germersheim. Hier wird dem Reichspräsidenten der erste Gruß aus pfälzischem Boden zuteil. Nach kurzem Aufenthalt fährt dann der Zug nach Speyer weiter. Hier wird der Reichspräsident von den bayerischen Ministern, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Feld an der Spitze, begrüßt werden. Auch der badische Staatspräsident Dr. Schmitt wird hier zum Empfang anwesend sein. Nach einer Rundfahrt durch Speyer wird von Hindenburg an der Gedächtnisfeier und am Dom Ansprachen halten. An diese Rundfahrt wird sich der offizielle Empfang im Rathaus anschließen. An diesem Festakt wird außer den schon genannten Staatsmännern auch Reichsaußenminister Dr. Curtius teilnehmen. Vom Balkon aus wird der Reichspräsident der Bevölkerung den Gruß des Reiches übermitteln.

In Kraftwagen erfolgt sodann von hier aus die Rundfahrt über Neustadt, der Haardt entlang, nach Bad Dürkheim, und von dort nach Ludwigshafen, wo nur ein kurzer Empfang geplant ist. Von hier aus erfolgt die Weiterfahrt auf einem Dampfer nach Mainz.

Wahlwahlen in Freiburg

Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Freiburg i. Br. wurden bei 8915 wahlberechtigten Studenten 8125 Stimmen abgegeben. Es entfielen auf Liste 1 (Katholische Studentenschaft) 1149 Stimmen (10 Sitze, bisher 9), Liste 2 (Republikanische Studentenschaft) 366 Stimmen (3 Sitze, bisher 3), Liste 3 (Sozialistische Studentenschaft) 188 Stimmen (1 Sitz, bisher 1), Liste 4 (Nationalsozialistische Studentenschaft) 548 Stimmen (4 Sitze, bisher 2), Liste 5 (Nationale Studentenschaft) 826 Stimmen (7 Sitze, bisher 10).

Fränkischer Bauerntag

Unter sehr starker Beteiligung der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Frankenlandes fand am Sonntag in München eine Versammlung des Badischen Bauernvereins statt. Der Präsident des Badischen Bauernvereins, Landwirt Schill (Merzhausen), Mitglied des Badischen Landtags, begrüßte und verlas ein Telegramm des badischen Landtagspräsidenten, der, durch den Heimatschutz am Ernteeinen verhindert, der Tagung besten Erfolg wünschte. In seinen weiteren Ausführungen gedachte er der befreiten Gebiete am Rhein, worauf nach Begrüßungsworten des Landrats und des Bürgermeisters der Generalsekretär der bayerischen Bauernvereine, Prof. Dr. Schlittenbauer (München) über „Die deutsche Agrarkrise im Lichte der Weltwirtschaft“ sprach. Der Redner legte dar, wie die heutige Bauernnot mit der ganzen Weltwirtschaft im engsten Zusammenhang steht. Zur Behebung der deutschen Agrarkrise forderte der Referent eine noch schärfere Abriegelung des deutschen landwirtschaftlichen Produktionsgebietes durch Zölle, eine Gefühnung des zum Teil veräußerten Bodens, die Hebung der Qualität, die Vereinheitlichung der Sorten und eine Zusammenarbeit mit der Industrie. Der Redner schloß mit den Worten: An einem gesunden deutschen Bauernwesen muß die frante deutsche Nation genesen.

Nach den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen und einer kurzen Ansprache referierte der Direktor des Badischen Bauernvereins, Dr. Schwärer, über den Zusammenbruch des Genossenschaftswesens in Baden, der sich bis jetzt sehr günstig ausgewirkt habe. Das Bank- und Baren-geschäft hätte sich sehr gut entwickelt. Dem Bauernverein liege eine christliche Idee zugrunde, die Verständnis für alle anderen Stände habe. Zur Westhilfe teilte der Redner mit, daß die Verhandlungen vor dem Abschluß ständen. In einer Ansprache wurden noch verschiedene, die Landwirtschaft besonders interessierende Fragen (z. B. Erbrecht, Kreditfrage) erörtert.

Der Gemeinderat Waldsüd wird sich in seiner in der nächsten Woche stattfindenden Sitzung mit der Frage der Verstaatlichung der Polizei befassen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Bezirksynode des Kirchenbezirks Karlsruhe-Stadt hielt ihre ordentliche Tagung am 16. Juli, vormittags, in der kleinen Kirche ab. Nach altbewährtem Brauch wurde die Tagung durch Gesang und Gebet und durch eine Andacht des Dekans, Kirchenrat D. W. Schulz über Eph. 4, 15 eingeleitet, in der er „Wahrheit und Liebe“ als die Grundkräfte des kirchlichen und gemeindlichen Lebens hinstellte. — Den Hauptbericht erstattete Kirchenrat Weidemeier. Er berichtete über die Veränderungen im Personalstand der Geistlichen und der Mitglieder der kirchlichen Körperschaften, über die kirchlichen Veranstaltungen in den vergangenen zwei Jahren, über die neu errichteten Pfarreien in Karlsruhe und Bruchsal. Noch immer liegen, namentlich in den Vorstadtgemeinden zahlreiche dringende Baubedürfnisse vor. Weiter befaßte sich der Bericht mit der Entwicklung des gottesdienstlichen Lebens, mit Religionsunterricht und Jugendarbeit. Die kirchliche Liebestätigkeit wird von erfreulichem Verständnis getragen. Unentbehrlich ist für die Gemeinde die Tätigkeit des evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsdienstes und der Stadtmision. Die einzelnen Punkte des Hauptberichts wurden sodann eingehend besprochen. Die Kirchenaustrittsbewegung hielt sich in mäßigen Grenzen, doch wünscht die Synode für ihre nächste Tagung eine genaue Statistik. Zur Jugendarbeit empfiehlt Kirchenrat Kappes die Arbeit in den Jungscharen. Sodann sprach Kirchenrat Kappes über die Arbeit des Gustav-Adolf-Vereins, Kirchenrat Schulz für den Melanchthonsverein, Oberrechnungsrat Kroenlein für die Basler Mission, Kirchenrat Seufert über die Schafmision, über die Bezirkskirchenliste berichtete Herr Kroenlein. Kirchenrat Kappes sprach über Anregungen aus dem Pforzheimer Gemeindegeld, der Wege weisen will zu lebendigen Gemeinden. Kirchenrat Seufert gab einige praktische Anregungen zur Pflege der Gemeinschaft, welche die verfassungsmäßige Gemeinde erst lebendig macht und forderte zum Beitritt zu einer badischen Gruppe des Gemeindetages auf. Auf Vorschlag der positiven Gruppe wurde Kirchenrat Kappes durch Aklamation zum Dekanatsstellvertreter gewählt. Nach Genehmigung des verlesenen Protokolls wurde die Synode durch Kirchenrat Dekan D. Schulz mit Gebet geschlossen.

Dienst der Jugend an den Alten. Im Städtischen Altersheim (Jägerstraße 2) bereiteten am Dienstagabend die evangelischen Jugendbünde Mühlburg im W. N. den alten Leuten eine festliche Stunde. In Chören und in Volkstänzen ließen sie die Insassen des Hauses den Atem rechter Jugendfrölichkeit spüren. Ein Märchenpiel „Das verwunsdene Schloß“ entlockte Vielen Tränen der Heiterkeit, wie der Hans trug allem König, die dem Kanzler und den bösen Geistes sich sein Brinzechen holte und das alte Sprichwort wahr machte, daß dem Mutigen die Welt gehört. Die beiden Chöre „Jungsbrud, ich muß dich lassen“ und „Nun ruhen alle Wälder“, nach Sätzen von J. S. Bach, gaben mit einem Schlußwort des Leiters den nachdenklichen Ausklang.

Großes Schöffengericht. In 12stündiger Sitzung verhandelte das Große Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller am Donnerstag die Anlage gegen den 44 Jahre alten verheirateten Fabrikanten Dr. Ernst Baur, Inhaber einer Lackfabrik, wegen Sittlichkeitsverbrechens. Von der Verhandlung, die zum großen Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, war auch die Presse teilweise ausgeschlossen. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, sich als Lehrer an einem minderjährigen Lehramtskandidaten fittlich vergangen und später dasselbe dem Fürsorgeverfahren entzogen zu haben. Gleichzeitig hatten sich die Eltern des Lehramtskandidaten, der 55 Jahre alte Kaufmann Robert Wührer aus Karlsruhe und dessen 51-jährige Ehefrau, wegen schwerer Kuppelei zu verantworten. Der Angeklagte Baur wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 174, 1 des St. G. B. zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurteilt. Zwei Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüßt. Die Angeklagte Frau Wührer wurde wegen fortgesetzter Kuppelei zu 3 Monaten und Robert Wührer zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Die Haftbefehle gegen die Angeklagten wurden sämtlich aufgehoben und diese auf freien Fuß gesetzt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Noch immer stehen wir unter dem Einfluß des Englandtiefs, das erneut für Zufuhr maritimer Luft sorgt. Auch morgen wird die regnerische Witterung anhalten. Wetterausfichten für Samstag: kühl und unbeständig, trüb mit zeitweisen Regenfällen, westliche Winde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	18. Juli		16. Juli	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.37	168.71	168.40	168.74
Kopenhagen 100 Kr.	112.15	112.37	112.11	112.33
Italien . . . 100 L.	21.915	21.955	21.915	21.955
London . . . 1 Pf.	20.361	20.401	20.357	20.397
New York . . 1 D.	4.184	4.192	4.1855	4.1935
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.460	16.455	16.495
Schweiz . . . 100 Fr.	81.325	81.485	81.32	81.48
Wien 100 Schilling	59.15	59.25	59.10	59.22
Prag . . . 100 Kr.	12.417	12.437	12.417	12.437

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 16. Juli 1930 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh 1¼ d hzw. für ein Gramm Feingold 82,8420 pence.

Matthiesen, Wilhelm: Das alte Haus. Ein Geschichtenbuch für die Kleinen. Oktavausgabe mit 89 Bildern von Helene Kirchle. 80 (VI u. 164 S.) Freiburg im Breisgau, 1930. Herder. In Leinwand 3,50 RM. — Eines der schönsten Märchenbücher, das schönsten für Kinder, die noch nicht lesen können. Sie werden niemals müde zuzuhören und stellen keine Fragen. Denn sie verstehen alles. Matthiesen ist ein Meister der Kindersprache.

SAISON-AUSVERKAUF

19. Juli bis 1. August

Nicht warten — jetzt kaufen!

Große Preisermäßigungen in Saisonartikeln in allen Abteilungen. — Günstigste Einkaufsgelegenheit für Ferien und Reise.

KNOPE

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In **St. Blasien** wurde der bisherige Bürgermeister Karl Frank wiedergewählt. Er erhielt 324 Stimmen, während sein Gegenkandidat, Gemeinderat Eberle, 258 Stimmen auf sich vereinte. — In **St. Blasien** wurde St. Bittler mit 33 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der Gegenkandidat Verlich erhielt 24 Stimmen. — Der bisherige Bürgermeister von **Gemmenhofen**, Sebastian Ruf, wurde mit 70 gegen 53 Stimmen wiedergewählt.

Die Bürgermeisterei in Lahr. In der Sitzung des Bürgerausschusses stellten sich die in engere Wahl gezogenen Bewerber für die Bürgermeisterei der Stadt Lahr vor. Es sind dies die Herren: E. Behrer, Bürgermeister in Friedrichsfeld, Dr. F. Häge, Rechtsanwalt und Stadtrat in Lahr, Dr. G. Gottlob, Regierungsrat am Finanzministerium in Karlsruhe, E. Hoeft in Allendorf, Dr. W. Werner, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Stadtverwaltung in Lorch und W. Wernet, Kaufmann und Stadtrat in Lahr.

Der Bürgerausschuss der Stadt Herbolzheim i. Br. befahte sich am 11. d. M. mit der Voranschlagsberatung, die durch eine Rede des Bürgermeisters Steinberg eingeleitet wurde. Der Voranschlag weist gegenüber dem letztjährigen eine Verminderung der Einnahmen auf, herrührend aus Wenigererlös für das Holz und Futter. In den Ausgaben ist zwecks Beschäftigung der Arbeitslosen ein größerer Betrag für Umbau der Wasserleitung und Reinigung verschiedener Bäche enthalten. Der ungedeckte Aufwand beträgt trotz alledem nur 69 611 M. Zur Deckung des Defizits ist die Erhebung einer Umlage von 70 Pf. vom Grundvermögen, 2 Pf. vom Betriebsvermögen und 52 Pf. vom Gewerbebeitrag für je 100 M. Steuerwert bzw. Gewerbebeitrag erforderlich. Der Voranschlag wurde nach längerer Beratung mit 48 Stimmen gegen 1 bei 1 Enthaltung angenommen. Ebenfalls wurden die Krankenhaus- und Wasserwerkvoranschläge genehmigt. Erfreulich ist es, daß auch dieses Jahr wieder eine kleine Umlageentlastung durchgeführt werden konnte. Verschiedene Anträge wurden zur künftigen Behandlung dem Gemeinderat überwiesen.

Der Bürgerausschuss Waldkirch behandelte den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31. Mit 800 770 M. in Ausgaben und 622 600 M. in Einnahmen balanciert der Voranschlag. Der Fehlbetrag von 187 170 M. soll durch eine Umlage von 240 Prozent, d. i. von je 100 M. Steuerwert vom Grundvermögen 1,20 M. und Betriebsvermögen 0,48 M., vom Gewerbebeitrag 7,20 M. gedeckt werden. Der Voranschlag wurde mit 56 gegen 5 Stimmen angenommen.

Der Bürgerausschuss Randern stimmte mit 49 gegen 3 Stimmen dem Gemeindevoranschlag für 1930/31 zu. Die Ausgaben belaufen sich auf 315 330 M., die Einnahmen auf 246 660 M., so daß ein ungedeckter Aufwand von 68 680 M. vorhanden ist, und die Erhebung einer Umlage von 120 Pf. für das Grundvermögen, 48 Pf. für das Betriebsvermögen, 720 Pf. für den Gewerbebeitrag nötig ist. Weiter stimmte der Bürgerausschuss der Einführung von Staffelbeträgen für den Wasserbezug zu und genehmigte einstimmig die Einführung einer Gemeindebesitzsteuer in Höhe von 2 M. pro Hektoliter.

Der Bürgerausschuss Lorch hat sämtliche Vorlagen einstimmig genehmigt. In erster Linie war zu beschließen über die Ausgabe von 47 500 M. für den Ausbau von Straßen, sodann über die Aufnahme von Darlehen im Gesamtbetrag von 292 200 M. beim Lande Baden zur Gewährung hypothekentäglich gesicherter Baudarlehen. Des weiteren mußten für die

Fertigstellung und Einrichtung des Schwimmbades weitere 6000 M. genehmigt werden. Im übrigen umfaßte die Tagesordnung die Genehmigung von Grundstückskäufen bzw. -tauschen sowie die Erweiterung der Wasserleitung, wofür Kosten in Höhe von 6000 M. entstehen. Eingangs der Sitzung machte der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Graser, darauf aufmerksam, daß der Bürgerausschuss in Kürze erneut zusammenberufen werde, um dringliche Bauprojekte zu besprechen, die noch diesen Sommer in Angriff genommen werden sollen. Hierbei handele es sich vor allem um die Zentralisierung der städt. Verwaltung sowie um den beabsichtigten Bau eines Zweifamilienhauses. Da sich die Wohnungsnot neuerdings wieder Erwarren verschärft habe und die private Bauwirtschaft versage, müsse die Stadt von sich aus Wohnungen bauen.

Der Voranschlag St. Blasien ist fertiggestellt. Dabei wurde beschlossen, einen Kurgärtner anzustellen. Weiter soll die Spielzeit der Sommerkapelle auf etwa drei Monate verlängert werden. Für die übrige Zeit soll mechanische Musik durch Aufstellung von Lautsprechern die Kapelle ersetzen. Es wurde jedoch beschlossen, mit der Einführung bis zum Beginn des nächsten Jahres zu warten und zunächst noch nähere Untersuchungen über die geplante Umstellungen anzustellen.

In der Bürgerausschussitzung Tiengen wurde beschlossen, den Mehrerlös aus den außerordentlichen Holzbieben von 15 000 M. dem Fonds für Wasserleitungszwecke zu überweisen. Weiter wurden einige Grundstücksverkäufe bewilligt, darunter der an die Stumpenfabrik Williger, die dort einen Erweiterungsbau, in dem 3-400 Arbeiter beschäftigt werden sollen, zu errichten beabsichtigt. Weiter wurde die Aufnahme eines Zwischkredits von 30 000 M. bei der Bezirksparasse genehmigt, der durch schlechten Eingang der Steuerzahlungen notwendig wird. Schließlich wurde noch ein Darlehen zur Anschaffung einer kleinen Motorpumpe genehmigt.

Der Voranschlag der Stadt Singen a. S. schließt in den Ausgaben mit 2 797 798 M. und in den Einnahmen mit 2 197 097 M. ab, so daß ein ungedeckter Aufwand von 600 701 M. vorhanden ist. Es wird die Erhebung einer gegenüber dem Vorjahr erhöhten Umlage notwendig. Diese beträgt beim Grundvermögen 91 Pf. (i. B. 07 Pf.), beim Betriebsvermögen 87 Pf. (32 Pf.) und beim Gewerbebeitrag 456 Pf. (395 Pf.).

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Weinheim, 18. Juli. Die älteste Weinheimerin, Frau Prehler, die Witwe des verstorbenen Werkmeisters Prehler, konnte dieser Tage ihren 97. Geburtstag begehen.

Hd. Mosbach, 17. Juli. Unter dem Vorsitz des Prälaten Güller fand hier die Tagung des kirchengeschichtlichen Vereins statt. Der ehemalige Bürgermeister von Mosbach Reng hielt ein längeres Referat mit dem Thema „Anfang Blüte und Ende der Mosbacher Stiftskirche St. Julian und St. Cäcilia“. Der Referent, der beste Kenner der Geschichte der Stadt Mosbach, erntete mit seinen Ausführungen stärksten Beifall. Zu Beginn der Versammlung hielten Begrüßungsansprachen Stadtpfarrer Moser und Bürgermeister Dr. Boulangier. Die Beteiligung war sehr gut, namentlich die verschiedenen Geistlichen des Hinterlandes waren stark vertreten.

Hd. Nischen (bei Eppingen), 18. Juli. Am Sonntag fand hier die feierliche Einweihung des für die im Weltkrieg gefallenen Nischer erstellten Denkmals statt. Wilhelm Schweinert (Nischenbach), ein geborener Nischer, enthielt das

Denkmal und übergab es dem Schutz der Gemeinde. Bürgermeister Gebhard übernahm das Ehrenmal in die Obhut der Gemeinde.

Hd. Rastatt, 17. Juli. Vor dem Karlsruher Schöffengericht hatten sich der 33jährige verheiratete Polier Johann Armbrüster, kommunistischer Stadtverordneter in Rastatt, und der 39 Jahre alte verheiratete Zimmermann Emil Hochreiter, ebenfalls von Rastatt, unter der Anklage gemeinschaftlicher vorsätzlicher Missetatigung zu verantworten. Der Angeklagte Hochreiter hatte auf dem Finanzamt Rastatt aus einem Amtszimmer Missetatige entwendet, die sich auf eine Steuerprüfungs- und Veranlagungssache des Brauereibesizers Otto Hag in Rastatt bezogen. Er hatte diese seinem Parteifreund Johann Armbrüster gegeben, der in seiner Wohnung eine Abschrift anfertigte und das Material in der Rastatter „Arbeiterzeitung“ verwerfete. Hochreiter hatte durch die Tätigkeit seiner Frau als Kuchfrau im Finanzamt Gelegenheit gehabt, in das Finanzamt zu gelangen, wenn die Beamten nicht anwesend wären. Das Schöffengericht verurteilte die beiden Angeklagten zu je zwei Monaten Gefängnis.

Hd. Baden-Baden, 17. Juli. Im großen Kurkassala fand gestern Abend eine von den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unserer Stadt veranstaltete Versammlung statt, die einen Massenbesuch aus allen Bevölkerungsschichten aufzuweisen hatte und sich mit unliebsamen Vorgängen auf der Straße beschäftigte, die sich mit den Interessen der Arbeiter nicht vertrugen. Man machte sich einstimmig eine Erklärung des Vereins Baden-Badener Hotelbesitzer zu eigen, worin darauf hingewiesen wird, daß jeder Fremde, gleichgültig, welcher Gesellschaftsklasse und welcher Nationalität er angehört, eine höchste Empfindlichkeit zeigt gegenüber allen Äußerungen und öffentlichen Vorgängen, die er irgendwie auf sich beziehen könnte. Ein flüchtiger Hotelier werde deshalb immer vermeiden, mit seinen Gästen über Politik zu sprechen, und ein flüchtiger Kurort werde sich völlig neutral verhalten. Dieser Grundgedanke gelte auch gegenüber politischen Demonstrationen. Jeder Einwohner habe sich die Frage vorzulegen, ob die Interessen des Kurbetriebes für die öffentliche Wirtschaft von genügender Bedeutung sind, daß sich die Bevölkerung jeder politischen Demonstration in der Öffentlichkeit enthalten soll. Diese Frage sei sicherlich für Baden-Baden zu beantworten. Der Fremde erwarte von einem Kurplatz, daß ihm diejenige Ruhe gewährt wird, die er mit Recht beim Besuch eines Kurortes voraussetzt. Von den Behörden wird erwartet, daß sie die gemeinsamen Interessen am Fremdenverkehr mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln schützen. — Die Kundgebung richtete sich gegen die Nationalsozialisten.

Hd. Stadelhofen (bei Oberkirch), 17. Juli. Unter der großen Zahl der Priesterjubilare befindet sich auch Pfarrer Valentin König, der sein Jubiläum am Sonntag feierlich begehen konnte. An diesem Tage gedachte besonders dankbar die katholische Kirchengemeinde Büchsenau des segensreichen Wirkens des Jubilars in dieser Gemeinde während 21 Jahren. Durch weiteren Ausbau des Kirchturms, durch Anschaffen eines schönen Geläuts und allseitige Verschönerung der Kirche hat sich Pfarrer König dort ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Hd. St. Blasien, 17. Juli. In der hiesigen Friedhofskapelle fand am Donnerstagnachmittag eine kurze Trauerfeier für den hier verstorbenen oldenburgischen Ministerpräsidenten von Finckh statt, an der Vertreter der badischen Staatsregierung und der Stadtverwaltung St. Blasien teilnahmen.

Saison-Ausverkauf

Gewaltig herabgesetzte Preise!

Hermann Tietz, Karlsruhe

In unserem

Schuhwarengeschäft · Herrenstraße 14

geben wir während des Saison-Ausverkaufs vom Samstag, den 19. Juli, bis einschl. Freitag, den 1. August doppelte Gegenmarken!

Wir empfehlen unseren verehrten Mitgliedern, diese außergewöhnliche Gelegenheit zur Deckung ihres Schuhbedarfs zu benutzen

WARENABGABE NUR AN MITGLIEDER!

LEBENSBEDÜRFNISVEREIN

Das Bürgermeisteramt Knielingen hat die Fortsetzung des Ortsbauplans der Gemeinde Knielingen dahin beschlossen, daß die Bau- und Straßenfluchten nördlich der Bahnhofsstraße zwischen der Reuter- und der Körnerstraße festgestellt werden sollen. Am 7.22 Der Plan liegt innerhalb zwei Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in dem Rathaus in Knielingen zur Entscheidung auf. Etwaige Einwendungen sind während dieser Zeit dortselbst oder beim unterzeichneten Bezirksamt, Zimmer 55, bei Ausschlußvermeidung vorzubringen.

Karlsruhe, den 14. Juli 1930. O.-S. 52
 Bad. Bezirksamt — Abt. II.

Arbeitsvergebung.
 Für den Umbau des ehemaligen Batteriegebäudes, Poststr. 20 D, in Karlsruhe, sind die:

1. Schreinerarbeiten,
2. Schlosserarbeiten,
3. Maler- und Anstreicherarbeiten

öffentlich zu vergeben. Bedingungen, Zeichnungen und Angebotsvorbrude, letztere soweit Vorrat, vom 17. bis 24. Juli 1930, am Wertlagen von 9-12 beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstr. 28, linker Flügelbau, Obergeschos, einzusehen. O. 712
 Kein Versand von Zeichnungen und Unterlagen nach auswärts. Angebotsöffnung am 26. Juli 1930, um 10 Uhr für Schreiner-, 10.30 Uhr für Schlosser- und 10.40 Uhr für Maler- und Anstreicherarbeiten im Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstr. 28, wobei die Angebote verschlossen, postfrei und durch Aufschrift gekennzeichnet, zu richten sind. Zuschlagsfrist 24 Arbeitstage.
 Karlsruhe, 14. 7. 1930. Bezirksbauamt.

Saison-Ausverkauf

vom 19. Juli bis 1. August zu größtenteils bedeutend ermäßigten Preisen

■ mindestens aber 10% Rabatt ■ auf alle Bkl.-Waren

Reformhaus NEUBERT

Karlstraße 29a

Schweinepest betr.
 Die Schweinepest unter dem Schweinebestand des August Grimmer in Karlsruhe-Weiertheim, Weiße Straße, ist erloschen. Du. 738
 Karlsruhe, den 12. Juli 1930. O.-S. 51
 Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B.